



Ausgabe: Mai 2019

Demokratie-Newsletter

Der Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich von Professor Kley gibt monatlich einen Demokratie-Newsletter heraus. Der Newsletter beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten Meldungen, Mitteilungen, Entscheidungen und Urteile im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte – in der Schweiz, in Europa und der Welt. Wir achten dabei, dass auch wichtige und ausserordentlich aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie aktuelle Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

1. Allgemeines zum Thema «Demokratie»	2
2. Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen	2
3. Gerichtsurteile	3
3.1 <i>Bundesgericht</i>	3
3.2 <i>Kantonale Entscheide</i>	4
3.3 <i>International</i>	5
4. Amtliche Informationen	5
5. Neue Volksinitiativen.....	6
6. Referenden	7
7. Publikationen.....	7
8. Dokumentation und Kontakt.....	8

1. Allgemeines zum Thema «Demokratie»

NZZ 07.05.2019, Nr. 104, S. 15
Im Schlafwagen ins Stöckli – Neuenburg und Jura wählen Ständeräte nach Proporz – die FDP profitiert. ([Link](#))

NZZ 08.05.2019, Nr. 105, S. 10
Demokratie als Zukunftstechnologie – Das System ist für den Bürger da, nicht umgekehrt (Gastkommentar von Daniel Dettling). ([Link](#))

2. Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen



03.05.2019, Nr. 101, S. 7
Initianten kämpfen weiter gegen den CH-Kleber – Der Bundesrat befürwortet eine Neugestaltung des Kontrollschildes. ([TA-Archiv](#))

NZZ 04.05.2019, Nr. 102, S. 15
Indirekter Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative steht. ([NZZ-Archiv](#))

NZZ 08.05.2019, Nr. 105, S. 14
Der Kampf um die Trinkwasser-Initiative – Der Bauernverband will mit einer Million Franken eine Zustimmung zur Vorlage verhindern. ([NZZ-Archiv](#))

NZZ 11.05.2019, Nr. 108, S. 16
Sozialausbau für ältere Arbeitslose – Angesichts der SVP-Initiative gegen die Personenfreizügigkeit wollen Bund und Arbeitgeber handeln. ([NZZ-Archiv](#))

NZZ 17.05.2019, Nr. 113, S. 11
Die Kampfbjets kommen vors Volk – Referendumsabstimmung soll vor Typenwahl erfolgen. ([Link](#))

NZZ 18.05.2019, Nr. 114, S. 11
Initiativen gegen Pestizid – Bern verpasst eine wichtige Chance. ([Link](#))

- NZZ 20.05.2019, Nr. 115
- Doppelsieg für das Parlament – Klares Volks-Ja zum AHV-Steuer-Paket. (S. 1) ([Link](#))
 - Die Stimmbevölkerung sagt deutlich Ja zur Verschärfung des Schweizer Waffenrechts. (S. 12) ([Link](#))
 - Schwyz will mehr Licht in der Parteienfinanzierung – Überraschende Zustimmung des Stimmvolks – den Juso genügt das nicht, sie gehen vor Bundesgericht. (S. 13) ([Link](#))

- NZZ 22.05.2019, Nr. 117, S. 15
- Wie das Volk bei Kuhhandel künftig mitreden könnte – Ein Jurist des Bundes stellt ein neues Abstimmungsverfahren zur Diskussion. ([Link](#))



- 31.05.2019, Nr. 124, S. 5
- Berset kämpft für die Organspende-Initiative – Der Gesundheitsminister will Organspenden erleichtern. ([Link](#))

3. Gerichtsurteile

3.1 Bundesgericht



Urteil des Bundesgerichts vom 10. April 2019 ([1C 315/2018](#), [1C 316/2018](#), [1C 329/2018](#), [1C 331/2018](#), [1C 335/2018](#), [1C 337/2018](#), [1C 339/2018](#), [1C 347/2018](#))¹

Politische Rechte – Das Bundesgericht hebt die Volksabstimmung vom 28. Februar 2016 über die Volksinitiative gegen die Heiratsstrafe auf. Der Bundesrat hat durch eine zu tiefe Angabe der betroffenen Zweiverdienerehepaare die Gebote der Sachlichkeit und Transparenz missachtet. Dies führte zu einer Verletzung von Art. 34 Abs. 2 BV (E. 5.4). Die Aufhebung der Abstimmung steht vorliegend der Rechtssicherheit nicht entgegen, da die festgestellten Unregelmässigkeiten krass sind und der Ausgang der Abstimmung knapp war (E. 6.3). Das Bundesgericht heisst die Beschwerde gut (E. 7).



Urteil des Bundesgerichts vom 10. April 2019 ([1C 338/2018](#))(*Leitentscheid*)(franz.)²

Das Bundesgericht heisst die Beschwerde gut und hebt die Volksabstimmung vom 28. Februar 2016 über die Volksinitiative «Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe» auf (E. 5).



Urteil des Bundesgerichts vom 24. April 2019 ([1F 19/2019](#))

Politische Rechte – Revisionsgesuch gegen das Urteil [1C 123/2019](#) vom 4. März 2019. In diesem Urteil ging es um die Abweisung einer Beschwerde gegen eine Abschreibungsverfügung (Abstimmungsbeschwerde) betreffend die

¹ Vgl. auch [Demokratie-Newsletter vom April 2019](#); NZZ vom 31. Mai 2019, Nr. 124, S. 16.

² Zur Publikation vorgesehen und mit analoger Begründung zum deutschsprachigen Urteil oben.

kantonale Volksabstimmung vom 25. November 2018 des Appellationsgerichts BS, da kein Kostenvorschuss geleistet wurde. Das Bundesgericht tritt auf das Revisionsgesuch nicht ein.



Urteil des Bundesgerichts vom 8. Mai 2019 ([1C 239/2019](#))

Politische Rechte – Martin Ruch erhob Beschwerde gegen die eidgenössische Volksabstimmung vom 19. Mai 2019 betreffend das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAFF). Das Bundesgericht tritt auf die Beschwerde nicht ein und überweist diese zuständigkeitshalber an den Regierungsrat des Kantons SH.



Urteil des Bundesgerichts vom 14. Mai 2019 ([1C 59/2019](#)) (franz.)

Politische Rechte – Die Beschwerde richtete sich gegen die Ernennung eines Gemeinderates der Stadt Vevey durch den Staatsrat VD am 23. Januar 2019. Das Bundesgericht tritt auf die Beschwerde nicht ein und überweist die Sache zur Beurteilung an das Kantonsgericht VD.

3.2 Kantonale Entscheide



Entscheidung des Kantonsgerichts Appenzell Innerrhoden vom 16. Januar 2018 ([V 10-2017](#))³

Der Beschwerdeführer hat im Vorverfahren der Bezirksgemeinde die von ihm erkannten Fehler nicht sofort gerügt, um die Abstimmung zu verhindern. Spätestens an der Bezirksgemeinde hätte er einen Rückweisungsantrag stellen müssen, um eine Abstimmung in der Sache zu verhindern. Damit hat er sein Recht verwirkt, Stimmrechtsbeschwerde zu erheben. Das Gericht weist die Beschwerde ab.



Entscheidung des Kantonsgerichts Luzern vom 25. Juni 2018 ([7H 17 233](#))

Sieht eine von der Gemeindeversammlung beschlossene Bestimmung neu eine zusätzliche Berechnungsweise der Überbauungsziffer und ihre Erhöhung bis maximal 15 % vor, stellt dies eine wesentliche Änderung des kommunalen Rechts dar, welche zwingend einer öffentlichen Auflage bedarf. Eine kommunale Bestimmung, welche die vom kantonalen Gesetzgeber an der Berechnung der Überbauungsziffer vorgegebene Nutzungsmöglichkeit erhöht, ist mit dem übergeordneten Recht nicht zu vereinbaren.



Entscheidung des Verwaltungsgerichts St. Gallen vom 27. September 2018 ([B 2016/95](#))

Das Stadtparlament der Stadt Wil erliess ein Immissionsschutzreglement. Dagegen erhob der Beschwerdeführer Abstimmungsbeschwerde. Das Departement des Innern (Vorinstanz) wies die Beschwerde ab. Das Verwaltungsgericht kommt ebenfalls zum Schluss, die angefochtenen Bestimmungen des Immissi-

³ Die gegen diesen Entscheid erhobene Beschwerde beim Bundesgericht wurde zurückgezogen.

onsschutzreglements seien nicht rechtswidrig, weshalb sich die Abstimmungsbeschwerde als unbegründet erweise.



Entscheid des Justiz- und Sicherheitsdepartements Luzern vom 29. Oktober 2018 ([LGVE 2018 VI Nr. 5](#))

Wird einem Mitglied des Gemeinderates die gesamte Ressortverantwortung entzogen, stellt dies eine anfechtbare Verfügung dar. Der vorgängige Verzicht auf Gewährung des rechtlichen Gehörs bei vorsorglichen Verfügungen rechtfertigt sich nur, wenn gewichtige Anliegen und Interessen gefährdet sind oder dadurch der Zweck der behördlichen Anordnung vereitelt würde. Aufgrund der Schwere des Eingriffs in die Rechte der gewählten Person ist für den Entzug der gesamten Ressortverantwortung eine Rechtsgrundlage in einem Gesetz im formellen Sinne erforderlich.



Entscheid des Kantonsgerichts Jura (Verfassungsgericht) vom 21. Mai 2019 ([CST 3/2019](#))

Am 26. November 2018 bewilligte der Stadtrat von Delsberg das Budget für das Jahr 2019. Dagegen konnte bis zum 12. Januar 2019 das Referendum ergriffen werden. Innert Frist wurden 699 Unterschriften eingereicht. Der Stadtrat setzte die Abstimmung auf den 12., 13. und 14. April 2019 fest. Dagegen erhob A. Beschwerde beim Kantonsgericht. Das Gericht weist die Beschwerde ab.

3.3 International



Beschlüsse des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 25. Mai 2019 ([1 BvQ 45/19](#) und [1 BvQ 46/19](#))

Die Eilanträge gegen die Entfernung von NPD-Wahlplakaten in den Städten Zittau und Chemnitz im «Europawahlkampf» blieben erfolglos.
([Pressemitteilung](#))



Beschluss des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 15. Mai 2019 ([1 BvQ 43/19](#))

Der Eilantrag der NPD auf Verpflichtung zur Ausstrahlung eines Wahlwerbesspots war erfolgreich.
([Pressemitteilung](#))

4. Amtliche Informationen



Medienmitteilung des Bundesrates vom 2. Mai 2019

- Der Bundesrat lehnt das Verordnungsveto ab.
([Medienmitteilung](#))
- Bericht der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates: ([BBI 2019 3157](#))
- Stellungnahme des Bundesrates: ([BBI 2019 3275](#))



Medienmitteilung des Bundesrates vom 29. Mai 2019⁴

Der Bundesrat hat die Bestimmungen der Verordnung über die politischen Rechte betreffend die Übermittlung der provisorischen Abstimmungsergebnisse revidiert. Zudem sollen (Teil-)Ergebnisse künftig nicht vor 12.00 Uhr des Abstimmungssonntags öffentlich bekannt gegeben werden. Die Änderungen treten am 1. Juli 2019 in Kraft.

([Medienmitteilung](#)) ([Art. 5 VPR](#)) ([Erläuterungen](#))

5. Neue Volksinitiativen⁵



Überblick hängige Volksinitiativen

- Initiativen im Sammelstadium ([15](#)) (+1)
- In Auszählung ([0](#)) (-2)
- Beim Bundesrat hängig ([6](#)) (+1)
- Beim Parlament hängig ([7](#)) (+1)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen ([1](#)) (0)



Bericht der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats vom 15. April 2019

Parlamentarische Initiative: Die Kommission präsentiert einen indirekten Gegenvorschlag zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative (zweiwöchiger Urlaub).

([BBI 2019 3405](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 14. Mai 2019

Die eidgenössische Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» ist zustande gekommen. Die Initiative will Kapitaleinkommen über einem gesetzlich festzulegenden Betrag im Umfang von 150 % besteuern und den eingenommenen Mehrbetrag für die Ermässigung der Besteuerung von Personen mit tiefen oder mittleren Einkommen oder für Transferzahlungen zugunsten der Wohlfahrt einsetzen.⁶

([BBI 2019 3435](#)) ([Medienmitteilung](#))



Medienmitteilung des Bundesrates vom 29. Mai 2019

Der Bundesrat hat am 29. Mai 2019 die Botschaft zur Volksinitiative «Fair-Preis-Initiative» und zum indirekten Gegenvorschlag (Änderung des Kartellgesetzes) verabschiedet. Für den Bundesrat gehen die von der Initiative geforderten Markteingriffe zu weit.

([Medienmitteilung](#)) ([Botschaft](#)) ([Bericht](#)) ([Gesetzesentwurf](#))

⁴ Vgl. auch Jurius, Bundesrat revidiert rechtliche Grundlage, in: [Jusletter 3. Juni 2019](#).

⁵ Stand 31.05.2019

⁶ Vgl. Art. 127a E-BV, [BBI 2017 6159](#).

6. Referenden



Verfügung der Bundeskanzlei vom 7. Mai 2019

Das Referendum gegen die Änderung vom 14. Dezember 2018 des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes ist zustande gekommen. Neu soll bestraft werden, wer öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer sexuellen Orientierung zu Hass oder Diskriminierung aufruft.⁷

([BBI 2019 3322](#))

7. Publikationen



Bundesgericht, I. öffentlich-rechtliche Abteilung, 26. November 2018, 1C_136/2018. ([Swisslex](#))⁸



EQUEY DAVID, Mise en oeuvre de l'initiative «contre l'immigration de masse» (art. 121a Cst): obligation d'annonce des postes vacants et autres conséquences dans le domaine de l'emploi, RDAF 2019 I, S. 39 ff. ([Swisslex](#))



COTTIER THOMAS, Die Souveränität und das institutionelle Rahmenabkommen, SJZ 115/2019 S. 345 ff. ([Swisslex](#))



FANGER RETO, E-Voting: Datenschutzrechtliche Aspekte einer politisch umstrittenen Thematik, in: Jusletter IT vom 23. Mai 2019. ([Podcast](#))



FOLINI CHRISTIAN, Technische Hintergründe der anonymen elektronischen Stimmabgabe, in: Jusletter vom IT 23. Mai 2019. ([Podcast](#))



GLASER ANDREAS, Gutachten zur Unterstellung der Genehmigung des Institutionellen Abkommens zwischen der EU und der Schweiz unter das obligatorische Referendum, Mai 2019. ([Link](#))



Institut für Föderalismus, Resultate der kantonalen Volksabstimmungen vom 19. Mai 2019. ([Link](#))



JACQUEMOUD CAMILLA, Le droit d'être entendu lors du contrôle de validité des initiatives, in: Jusletter vom 27. Mai 2019. ([Link](#))

⁷ Vgl. Art. 261^{bis} E-StGB, [BBI 2018 7861](#).

⁸ Vgl. auch Demokratie-Newsletter vom Dezember 2018.

LeGes

KELLER LÄUBLI LUCY, Die sogenannte Lex Handschlag des Kantons Basel-Landschaft unter Aspekten guter Gesetzgebung, LeGes 30 (2019) 1, Nr. 2. ([Link](#))



LEUZINGER LUKAS/KUSTER CLAUDIO, Behördliche Interventionen zu Abstimmungen: Kein Maulkorb für die «föderalen Lautsprecher», Napoleons Nightmare Blog vom 16. Mai 2019. ([LINK](#))



MOSIMANN HANS-JAKOB, Einheit der Materie: «Zwangslage» oder Frage von Präferenzen?, in: Jusletter vom 27. Mai 2019. ([Link](#))

Zentralblatt

SCHINDLER BENJAMIN, «Von Jahr zu Jahr werden die Gesetze komplizierter.», ZBI 120/2019 S. 233 f. ([Swisslex](#))



VAN SPYK BENEDIKT, E-Voting im Kanton St.Gallen, in: Jusletter IT vom 23. Mai 2019. ([Podcast](#))



VON HEYDEBRAND SIBYLLE, Stimmrecht und kantonale Autonomie, allgemeines und gleiches Stimmrecht am Beispiel der Nordwestschweizer Kantone, Diss. Basel 2018. ([Verlag](#))

8. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
Newsletter: [An- und Abmeldung](#)
Wir freuen uns über Ihre [Hinweise und Anregungen](#).



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidungssammlung des Bundesgerichts:
[Schweizerisches Bundesgericht](#)

Kontakt:

Felix Schiller, MLaw, LL.M.
Rechtswissenschaftliches Institut
Universität Zürich
felix.schiller@rwi.uzh.ch